

Rechenschaftsbericht der D.A.S. Rechtsschutz AG

für das Jahr 2017



**DAS ORIGINAL
IM RECHTSSCHUTZ**

Ein Unternehmen der ERGO Group AG

Bilanz zum 31. Dezember 2017

mit Gegenüberstellung der Vorjahreszahlen in tausend Euro (TEUR)

(Schaden-Unfallversicherung)

Aktiva

	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	TEUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände		
<i>Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände</i>	590.529,59	585
B. Kapitalanlagen		
I. <i>Grundstücke und Bauten</i>	5.219.345,41	5.413
II. <i>Sonstige Kapitalanlagen</i>		
1. <i>Andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</i>	25.015.724,96	27.885
2. <i>Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</i>	166.324.921,51	162.642
3. <i>Sonstige Ausleihungen</i>	0,00	16
4. <i>Guthaben bei Kreditinstituten</i>	26.000,00	26
III. <i>Depotforderungen aus dem übernommenen Rückversicherungsgeschäft</i>	9.769.055,70	8.945
C. Forderungen		
I. <i>Forderungen aus dem direkten Versicherungsgeschäft</i>		
1. <i>an Versicherungsnehmer</i>	5.631.312,44	5.603
2. <i>an Versicherungsvermittler</i>	402.883,35	144
3. <i>an Versicherungsunternehmen</i>	64.386,40	2
II. <i>Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft</i>	902.649,93	550
III. <i>Sonstige Forderungen</i>	5.760.454,95	3.330
D. Anteilige Zinsen	1.399.766,51	1.783
E. Sonstige Vermögensgegenstände		
I. <i>Sachanlagen (ausgenommen Grundstücke und Bauten) und Vorräte</i>	2.069.940,53	2.350
II. <i>Laufende Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbestand</i>	6.087.918,18	2.679
III. <i>Andere Vermögensgegenstände</i>	0,00	28
F. Rechnungsabgrenzungsposten		
I. <i>Aktive latente Steuern</i>	5.306.867,46	5.064
II. <i>Sonstige</i>	831.101,81	840
	<u>235.402.858,73</u>	<u>227.885</u>

Bilanz zum 31. Dezember 2017

mit Gegenüberstellung der Vorjahreszahlen in tausend Euro (TEUR)

(Schaden-Unfallversicherung)

Passiva

	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	TEUR
A. Eigenkapital		
<i>I. Grundkapital</i>		
Nennbetrag	5.001.000,00	5.001
<i>II. Kapitalrücklagen</i>		
1. gebundene	4.432.889,66	4.433
2. nicht gebundene	6.679.535,54	6.680
<i>III. Gewinnrücklagen</i>		
1. Gesetzliche Rücklage	500.100,00	500
2. Freie Rücklagen	41.159.795,69	41.160
<i>IV. Risikorücklage</i>	2.981.594,00	2.914
<i>V. Bilanzgewinn</i>	8.641.022,24	6.435
davon Gewinnvortrag: EUR 5.435.364,64 (Vorjahr: TEUR 4.319)		
B. Versicherungstechnische Rückstellungen		
Gesamtrechnung = Eigenbehalt		
<i>I. Prämienüberträge</i>	13.582.120,30	12.445
<i>II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle</i>	103.578.274,74	103.547
<i>III. Rückstellung für erfolgsunabhängige Prämienrückerstattung</i>	1.907.000,00	1.768
<i>IV. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen</i>	3.012.743,70	3.196
C. Nichtversicherungstechnische Rückstellungen		
<i>I. Rückstellungen für Abfertigungen</i>	6.735.040,09	6.386
<i>II. Rückstellungen für Pensionen</i>	23.394.065,64	22.116
<i>III. Steuerrückstellungen</i>	317.030,83	0
<i>IV. Sonstige Rückstellungen</i>	5.999.492,47	5.311
D. Sonstige Verbindlichkeiten		
<i>I. Verbindlichkeiten aus dem direkten Versicherungsgeschäft</i>		
1. an Versicherungsnehmer	1.870.321,54	1.234
2. an Versicherungsvermittler	2.149.496,87	1.793
3. an Versicherungsunternehmen	0,00	0
<i>II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft</i>	397.289,16	4
<i>III. Andere Verbindlichkeiten</i>	2.753.308,50	2.626
E. Rechnungsabgrenzungsposten	310.737,76	337
	<u>235.402.858,73</u>	<u>227.885</u>

Gewinn- und Verlustrechnung
mit Gegenüberstellung der Vorjahreszahlen in tausend Euro (TEUR)

	2017	2016
	EUR	TEUR
Versicherungstechnische Rechnung		
(Gesamtrechnung = Eigenbehalt)		
1. Abgegrenzte Prämien		
a) Verrechnete Prämien.....	90.729.219,30	87.352
b) Veränderung durch Prämienabgrenzung	- 537.358,05	238
2. Kapitalerträge des technischen Geschäfts	91.824,14	91
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge	164.180,56	146
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle		
a) Zahlungen für Versicherungsfälle	- 37.801.472,96	- 37.254
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	473.044,18	578
5. Aufwendungen für die erfolgsunabhängige Prämienrückerstattung..	- 216.377,26	- 331
6. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb		
a) Aufwendungen für den Versicherungsabschluss	- 35.920.553,98	- 36.445
b) Sonstige Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	- 13.442.729,58	- 11.468
7. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen	- 1.182.464,34	- 495
8. Versicherungstechnisches Ergebnis	2.357.312,01	2.412



D.A.S. Rechtsschutz AG, Wien

Mag. Ingo Kaufmann e.h.

Johannes Loinger e.h.

Mag. Pedro Schwarz e.h.

Arkadiusz Gil e.h.

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2017

mit Gegenüberstellung der Vorjahreszahlen in tausend Euro (TEUR)

(Schaden-Unfallversicherung)

	2017 EUR	2016 TEUR
Nichtversicherungstechnische Rechnung		
1. Versicherungstechnisches Ergebnis	2.357.312,01	2.412
2. Erträge aus Kapitalanlagen und Zinsenerträge		
a) Erträge aus Grundstücken und Bauten	261.145,79	255
b) Erträge aus sonstigen Kapitalanlagen	2.823.897,32	3.506
c) Erträge aus Zuschreibungen	30.734,30	270
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	1.703.902,07	1.574
e) Sonstige Erträge aus Kapitalanlagen und Zinsenerträge	105.664,82	277
3. Aufwendungen für Kapitalanlagen und Zinsenaufwendungen		
a) Aufwendungen für die Vermögensverwaltung	-351.165,05	-276
b) Abschreibungen von Kapitalanlagen	-2.476.970,61	-1.614
c) Zinsenaufwendungen	-1.411,50	-12
d) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	-466.126,05	-714
e) Sonstige Aufwendungen für Kapitalanlagen	0,00	-28
4. In die versicherungstechnische Rechnung übertragene Kapitalerträge	-91.824,14	-91
5. Sonstige nichtversicherungstechnische Erträge	410.669,36	20
6. Sonstige nichtversicherungstechnische Aufwendungen	-94.102,58	-240
7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	4.211.725,74	5.338
8. Steuern vom Einkommen	-938.772,14	-1.204
9. Jahresüberschuss	3.272.953,60	4.134
10. Zuweisung an Rücklagen		
a) Zuweisung an freie Rücklagen	0,00	-2.000
b) Zuweisung an die Risikorücklage	-67.296,00	-18
11. Jahresgewinn	3.205.657,60	2.116
12. Gewinnvortrag	5.435.364,64	4.319
13. Bilanzgewinn	8.641.022,24	6.435

Bericht zum Jahresabschluss

Prüfungsurteil

Wir haben den beigefügten Jahresabschluss der

D.A.S. Rechtsschutz AG, Wien,

bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017, der Gewinn- und Verlustrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Anhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 31. Dezember 2017 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften und den sondergesetzlichen Bestimmungen für Versicherungsgesellschaften.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit der EU-Verordnung Nr 537/2014 (im Folgenden EU-VO) und mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt "Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutendsten für unsere Prüfung des Jahresabschlusses des Geschäftsjahres waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt und wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Bewertung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Siehe Anhang Kapitel "Offenlegung und Erläuterung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden".

Das Risiko für den Abschluss

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle beläuft sich zum Bilanzstichtag auf MEUR 103,6. Die Bewertung dieser Rückstellung erfordert wesentliche Schätzungen und Annahmen über die Schadenshöhe und die Kosten der Regulierung für bereits bekannte Schäden sowie über bis zum Bilanzstichtag eingetretene aber noch nicht gemeldete Schadensfälle. Änderungen in den Annahmen haben wesentliche Auswirkungen auf die Höhe der Rückstellung und das Periodenergebnis.

Für den Abschluss besteht das Risiko, dass diese Rückstellung zu hoch oder zu gering bewertet ist und das Periodenergebnis damit nicht zutreffend ermittelt ist.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Wir haben die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle mittels statistischer Analysen (Chain-Ladder) auf Basis vergangenheitsbezogener Erfahrungswerte auf ihre Angemessenheit überprüft. Durch die Analyse der Abwicklungsergebnisse für Vorjahresschäden wurde die Angemessenheit der in den Vorjahren gebildeten Reserven hinterfragt. Zudem haben wir die relevanten Prozessabläufe sowie wesentliche Schlüsselkontrollen innerhalb dieser Prozesse getestet. Dabei haben wir die Kontrollen auf ihr Design, ihre Implementierung und Effektivität überprüft.

Die Höhe der für die Schadenregulierungskosten gebildeten Rückstellung haben wir unter Einbeziehung unternehmensspezifischer Erfahrungswerte aus der Vergangenheit und der tatsächlichen Schadenregulierungskosten des Geschäftsjahres auf ihre Angemessenheit hin gewürdigt.

Abbildung der Zweigniederlassungen im Jahresabschluss – Schließung der Zweigniederlassung Slowakei

Siehe Anhang Kapitel "Erläuterungen zu Posten der Bilanz".

Das Risiko für den Abschluss

Die Gesellschaft verfügt über Zweigniederlassungen in der Slowakei und Tschechien. Im Geschäftsjahr 2017 wurde beschlossen, die slowakische Zweigniederlassung zu schließen. Ein Vertrag über die Übertragung des slowakischen Bestands wurde noch vor dem Bilanzstichtag abgeschlossen, der Eigentumsübergang wird für das Geschäftsjahr 2018 erwartet. Im Abschluss zum 31. Dezember 2017 wurde eine Rückstellung für die im Zusammenhang mit der Schließung der Zweigniederlassung bestehenden Verpflichtungen gebildet.

Für den Abschluss besteht das Risiko, dass diese Rückstellung aufgrund des geringen Zeitraums zwischen Beschluss der Schließung der Zweigniederlassung und Aufstellung des Jahresabschlusses mit Unsicherheiten und Ermessensspielräumen behaftet ist, welche sowohl die Ermittlung der Höhe als auch die Vollständigkeit der gebildeten Vorsorge betreffen.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Wir haben uns kritisch mit der Einschätzung des Vorstands zu Ansatz und Höhe der Rückstellung auseinandergesetzt. Dazu haben wir Einsicht in die Rückstellungsdokumentation genommen und die Berechnungen des Unternehmens nachvollzogen sowie den Vorstand und die netzwerkeigenen Abschlussprüfer der Zweigniederlassung Slowakei befragt.

Für den abgeschlossenen Bestandübertragungsvertrag erfolgte eine Durchsicht der Vertragsunterlagen hinsichtlich möglicher weiterer aus dem Vertrag resultierender Verpflichtungen. Die Einschätzung des Unternehmens, dass der Eigentumsübergang des slowakischen Versicherungsbestands zum 31. Dezember 2017 noch nicht erfolgt ist, wurde im Zuge dieser Durchsicht ebenfalls hinterfragt.

Verantwortlichkeiten der gesetzlichen Vertreter und des Prüfungsausschusses für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften und den sondergesetzlichen Bestimmungen für Versicherungsgesellschaften ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit – sofern einschlägig – anzugeben sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigen, entweder die Gesellschaft zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen, oder haben keine realistische Alternative dazu.

Der Prüfungsausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft.

Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit der EU-VO und den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit der EU-VO und den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.
- Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die erhebliche Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen,

dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr der Gesellschaft von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.

- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.
- Wir tauschen uns mit dem Prüfungsausschuss unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Abschlussprüfung erkennen, aus.
- Wir bestimmen von den Sachverhalten, über die wir uns mit dem Prüfungsausschuss ausgetauscht haben, diejenigen Sachverhalte, die am bedeutsamsten für die Prüfung des Jahresabschlusses des Geschäftsjahres waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte in unserem Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus oder wir bestimmen in äußerst seltenen Fällen, dass ein Sachverhalt nicht in unserem Bestätigungsvermerk mitgeteilt werden sollte, weil vernünftigerweise erwartet wird, dass die negativen Folgen einer solchen Mitteilung deren Vorteile für das öffentliche Interesse übersteigen würden.

Bericht zum Lagebericht

Der Lagebericht ist auf Grund der österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften und den sondergesetzlichen Vorschriften für Versicherungsgesellschaften.

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Berufsgrundsätzen zur Prüfung des Lageberichts durchgeführt.

Urteil

Nach unserer Beurteilung ist der Lagebericht nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt worden und steht in Einklang mit dem Jahresabschluss.

Erklärung

Angesichts der bei der Prüfung des Jahresabschlusses gewonnenen Erkenntnisse und des gewonnenen Verständnisses über die Gesellschaft und ihr Umfeld haben wir keine wesentlichen fehlerhaften Angaben im Lagebericht festgestellt.

Zusätzliche Angaben nach Artikel 10 EU-VO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 14. April 2016 als Abschlussprüfer gewählt und am 11. Mai 2016 vom Aufsichtsrat mit der Abschlussprüfung der D.A.S. Rechtsschutz AG beauftragt. Wir sind ohne Unterbrechung seit dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 1985 Abschlussprüfer der Gesellschaft.

Wir erklären, dass das Prüfungsurteil im Abschnitt "Bericht zum Jahresabschluss" mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 der EU-VO in Einklang steht.

Wir erklären, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen (Artikel 5 Abs. 1 der EU-VO) erbracht haben und dass wir bei der Durchführung der Abschlussprüfung unsere Unabhängigkeit von der geprüften Gesellschaft gewahrt haben.

Auftragsverantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Abschlussprüfung auftragsverantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Mag. Georg Weinberger.

Wien, 8. März 2018

KPMG Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

Mag. Georg Weinberger e.h.
Wirtschaftsprüfer

Firmenbuch

Der Jahresabschluss zum 31.12.2017 wurde beim Firmenbuch des Handelsgerichtes Wien unter FN 53574k eingereicht und liegt mit dem Lagebericht am Sitz des Unternehmens sowie in allen Betriebsstätten zur Einsichtnahme auf.

Anhang für das Geschäftsjahr 2017

I. Offenlegung und Erläuterung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des UGB und des VAG in der geltenden Fassung und unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung sowie unter Beachtung der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt.

Die **sonstigen immateriellen Vermögensgegenstände** werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen in Höhe von 25 % pa angesetzt.

Grundstücke werden zu Anschaffungskosten, **Bauten** werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet.

Die **anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere** sind nach dem strengen Niederstwertgrundsatz bewertet. Die außerplanmäßigen Abschreibungen betragen im Geschäftsjahr TEUR 332 (Vorjahr: TEUR 61).

Die **Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere** sind nach dem strengen Niederstwertprinzip (Buchwerte 31. Dezember 2017: TEUR 166.325 (Vorjahr: TEUR 162.642)) bewertet. Die außerplanmäßigen Abschreibungen betragen im Geschäftsjahr TEUR 1.950 (Vorjahr: TEUR 1.360).

Sonstige Ausleihungen werden grundsätzlich mit dem Nennbetrag der aushaftenden Forderungen bewertet.

Die Bewertung der **Sachanlagen** (ausgenommen Grundstücke und Bauten) erfolgt zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, die mit den steuerlich anerkannten Abschreibungssätzen bemessen werden. Geringwertige Vermögensgegenstände werden im Zugangsjahr zur Gänze abgeschrieben. Die Bewertung der **Vorräte** erfolgt teilweise zu gewogenen Durchschnittspreisen (Bürodrucksorten und Werbematerialien) und teilweise zu Einstandspreisen (Wertmarken und Küchenvorräte).

Aktive latente Steuern werden auf alle Unterschiede zwischen Wertansätzen der Unternehmens- und Steuerbilanz nach dem bilanzorientierten Konzept und ohne Abzinsung gebildet, soweit dies nach § 198 Abs. 10 UGB zulässig ist. Dabei werden keine latenten Steuern auf steuerliche Verlustvorträge berücksichtigt. Die aktiven latenten Steuern wurden unter Anwendung folgender Steuersätze berechnet: 25 % für Österreich, 19 % für die Zweigniederlassung Tschechien und 21 % für die Zweigniederlassung Slowakei.

Im Geschäftsjahr wurden latente Steuern in der Höhe von TEUR 5.307 (Vorjahr TEUR 5.064) angesetzt.

Die **Prämienüberträge** im direkten Geschäft werden zeitanteilig berechnet. Der Kostenabzug beträgt 15 %, das sind zum 31. Dezember 2017 TEUR 1.734 (Vorjahr: TEUR 1.686). Die Prämienüberträge im indirekten Geschäft werden aufgrund der Meldungen der Zedenten angesetzt.

Die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Schadenfälle** im direkten Geschäft wird für die bis zum Bilanzstichtag gemeldeten Schäden größtenteils durch Einzelbewertung der noch nicht erledigten Schadenfälle bemessen. In der Rechtsschutzversicherung werden Schäden des Rechnungsjahres und der zwei vorangegangenen Jahre pauschal bewertet.

Für Spätschäden werden für das Geschäftsjahr und die zwei vorangegangenen Jahre Pauschalrückstellungen gebildet. Für die restlichen Jahre wird eine Einzelbewertung durchgeführt.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle im indirekten Geschäft beruht auf Meldungen der Zedenten.

Die **Schwankungsrückstellung** wird nach den Vorschriften der Verordnung des Bundesministers für Finanzen BGBl Nr. 545/1991 idF des BGBl Nr. 66/II/1997 berechnet.

Die **Rückstellungen für Abfertigungen** wurden zum Stichtag 31. Dezember 2017 nach versicherungsmathematischen Grundsätzen – Teilwertverfahren – (2017: Rechnungszins 3,29 %, Gehaltssteigerungen zwischen 2,0 und 3,5 %, Fluktuationsabschlag zwischen 0 und 15 %; für 2016: Rechnungszins 3,74 %, Gehaltssteigerungen zwischen 2,0 und 3,5 %, Fluktuationsabschlag zwischen 0 und 15 %) errechnet; von der Rückstellung ist ein Betrag von TEUR 2.179 (Vorjahr: TEUR 2.014) versteuert.

Die **Rückstellungen für Pensionen** wurden zum Stichtag 31. Dezember 2017 nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Anwendung des Teilwertverfahrens errechnet; von der Rückstellung ist ein Betrag von TEUR 12.530 (Vorjahr: TEUR 11.676) versteuert.

Der Rechnungszinssatz wurde mit 3,86 % (Vorjahr: 4,15 %) angenommen und die Steigerung der maßgeblichen Bemessungsgrundlage wurde mit 2,40 % (Vorjahr: 2,4 %) angesetzt. Der Rechnungszinssatz für Abfertigungs- und Pensionsrückstellungen wird aus dem 10-jährigen Durchschnittszinssatz entsprechend der Veröffentlichung der Deutschen Bundesbank abgeleitet.

Die Zinsaufwendungen betreffend Abfertigungs- und Pensionsrückstellungen sowie die Auswirkungen aus einer Änderung des Zinssatzes werden im operativen Ergebnis erfasst.

Aufgrund der erstmaligen Anwendung des § 211 UGB idF des RÄG 2014 und der AFRAC-Stellungnahme 27 vom Juni 2016 wurde am Beginn des Wirtschaftsjahres der erstmaligen Anwendung, das ist der 1. Jänner 2016, ein Unterschiedsbetrag gemäß § 906 Abs. 33 und 34 UGB idF des APRÄG 2016 festgestellt. Der Unterschiedsbetrag der Pensionsrückstellung wird über 5 Jahre gleichmäßig verteilt.

Ergebnis zum Stichtag 31. Dezember 2017:

Unternehmensrechtliche Soll-Rückstellung	EUR	22.117.625,39
abzüglich verbleibendem		
Unterschiedsbetrag AFRAC 27	EUR	1.276.440,26
Ansatz in der Unternehmensbilanz	EUR	23.394.065,65

Als Rechnungsgrundlage für die Berechnung der Rückstellungen für Abfertigungen und Pensionen wurden die "AVÖ 2008-P – Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung – Pagler & Pagler" in der Ausprägung für Angestellte herangezogen. Das Pensionsalter wurde für Frauen mit 60 bzw. für Männer mit 65, unter Beachtung der Übergangsregeln nach ASVG gemäß Budgetbegleitgesetz 2003, angenommen.

Die auf **fremde Währung** lautenden Forderungen, Verbindlichkeiten und Rückstellungen wurden zum Devisen-Mittelkurs des Bilanzstichtages umgerechnet. In der Aktiva gelten die Anschaffungskosten als Obergrenze, in der Passiva der Rückzahlungsbetrag als Untergrenze.

Für die Zweigniederlassung Tschechien wurden die Bilanz zum Stichtagskurs zum 31. Dezember 2017 und die Gewinn- und Verlustrechnung zum Durchschnittskurs im Jahr 2017 umgerechnet.

Forderungen und Verbindlichkeiten sind grundsätzlich als kurzfristig anzusehen, mit einer Laufzeit von bis zu einem Jahr. Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern enthalten Forderungen mit einer Laufzeit größer als ein Jahr.

Nach dem Bilanzstichtag sind keine wesentlichen Ereignisse eingetreten.

Bei der Bewertung wurde von der Fortführung des Unternehmens ausgegangen.

II. Erläuterungen zu Posten der Bilanz

Der **Grundwert der bebauten und unbebauten Grundstücke** beträgt TEUR 555 (Vorjahr: TEUR 555).

Der **Wert der selbst genutzten Liegenschaften** beträgt TEUR 4.647 (Vorjahr: TEUR 4.831).

Zeitwerte der Kapitalanlagen

	31.12.2017	31.12.2016
	TEUR	TEUR
Grundstücke und Bauten	6.980	6.980
Andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	25.144	28.560
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	167.217	164.059
Sonstige Ausleihungen	0	16
Guthaben bei Kreditinstituten	26	26
Depotforderungen aus dem übernommenen Rückversicherungsgeschäft	9.769	8.945

Im Vorjahr erfolgte die Ermittlung der Zeitwerte bei sämtlichen Liegenschaften nach der Ertragswertmethode durch einen beeideten Sachverständigen.

	31.12.2017
	TEUR
Gutachten aus 2016	<u>6.980</u>

Die Bewertung der restlichen Kapitalanlagen erfolgte zu Markt- oder Börsenwerten, soweit ein solcher nicht besteht, zu Nennwerten unter Berücksichtigung außerplanmäßiger Abschreibungen.

Zum Bilanzstichtag liegen keine derivativen Finanzinstrumente vor.

Das Unternehmen hat für 25 Versicherungsvermittler eine unbeschränkte Haftungserklärung gemäß § 137 c Abs. 2 GewO abgegeben.

Die Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverhältnissen betragen für ein Jahr TEUR 1.517 (Vorjahr TEUR 1.483) und für fünf Jahre TEUR 7.381 (Vorjahr TEUR 7.286).

Die **sonstigen Ausleihungen**, die nicht durch einen Versicherungsvertrag gesichert sind, setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2017	31.12.2016
	TEUR	TEUR
Mitarbeiterdarlehen (Besicherung durch die Verpfändung von Dienstbezügen und eventuellen Abfertigungsansprüchen)	0	16

Von den folgenden Bilanzposten entfallen auf **verbundene Unternehmen**:

	31.12.2017	31.12.2016
	TEUR	TEUR
Depotforderungen aus dem übernommenen Rückversicherungsgeschäft	9.769	8.945
Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft	903	550
Sonstige Forderungen	996	1.212
Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft	397	4
Andere Verbindlichkeiten	1	16

Im Posten **andere Verbindlichkeiten** sind enthalten:

	31.12.2017	31.12.2016
	TEUR	TEUR
Verbindlichkeiten aus Steuern	1.693	1.306
Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit	938	895

Die Bilanzwerte der **immateriellen Vermögensgegenstände** und der **Grundstücke und Bauten** haben sich wie folgt entwickelt:

Stand am 1. Jänner 2017

Zugänge

Abgänge

Abschreibungen

Stand am 31. Dezember 2017

Immaterielle Vermögensgegenstände	Grundstücke und Bauten
TEUR	TEUR
584	5.412
284	0
- 13	0
- 265	- 193
591	5.219

Die **aktiven latenten Steuern** zum Bilanzstichtag wurden für temporäre Differenzen zwischen dem steuerlichen und unternehmensrechtlichen Wertansatz für folgende Posten gebildet:

Personalarückstellungen

Technische Rückstellungen

Sonstige

Betrag Gesamtdifferenzen

Steuerliche Verlustvorträge

Daraus resultierende latente Steuern per 31. Dezember

31.12.2017	31.12.2016
TEUR	TEUR
15.040	14.033
5.977	5.698
331	5.956
21.348	25.687
0	0
5.307	5.064

Die **latenten Steuern** entwickelten sich wie folgt:

Stand am 1. Jänner

Erfolgswirksame Veränderung

Fremdwährungsdifferenz

Stand am 31. Dezember

31.12.2017	31.12.2016
TEUR	TEUR
5.064	4.816
241	248
3	0
5.307	5.064

Im Dezember 2017 wurde der Verkauf der Zweigniederlassung der D.A.S. poisťovňa právnej ochrany, a.s., Bratislava im Wege eines Portfoliotransfers beschlossen. Die Übertragung der Gesellschaft an den Käufer ist für Mitte 2018 geplant. Anfallende Aufwendungen für die Abwicklung des Transfers wurden in Höhe von TEUR 750 unter der Position **sonstige Rückstellungen** ausgewiesen.

III. Erläuterungen zu Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Die verrechneten Prämien, die abgegrenzten Prämien, die Aufwendungen für Versicherungsfälle, die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb und der Rückversicherungssaldo gliedern sich im Jahr 2017 wie folgt auf:

	Gesamtrechnung				
	Verrechnete Prämien	Abgegrenzte Prämien	Aufwendungen für Versiche- rungsfälle	Aufwendungen für den Ver- sicherungs- betrieb	Rückversiche- rungssaldo
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Direktes Geschäft					
Rechtsschutzversicherung	80.596	80.776	35.004	43.026	0
Verkehrsserviceversicherung	1.289	1.290	71	277	0
	81.885	82.066	35.074	43.304	0
Indirektes Geschäft					
Rechtsschutzversicherung	8.844	8.126	2.254	6.060	0
	90.729	90.192	37.328	49.363	0
(2016:	87.352	87.590	36.675	47.913)	

Von den verrechneten Prämien der Gesamtrechnung entfallen auf die Zweigniederlassung Slowakei TEUR 2.862 (Vorjahr: TEUR 2.855) und auf die Zweigniederlassung Tschechien TEUR 12.767 (Vorjahr: TEUR 11.826)

Vom versicherungstechnischen Ergebnis entfällt auf die Zweigniederlassung Slowakei ein Gewinn von TEUR 41 (Vorjahr: Verlust von TEUR 95) und auf die Zweigniederlassung Tschechien ein Gewinn von TEUR 1.999 (Vorjahr: Gewinn von TEUR 1.162).

In den Posten Aufwendungen für Versicherungsfälle, Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb, sonstige versicherungstechnische Aufwendungen und Aufwendungen für Kapitalanlagen sind enthalten:

	2017 TEUR	2016 TEUR
Gehälter und Löhne	20.810	20.178
Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Vorsorgekassen	1.107	188
Aufwendungen für Altersversorgung	1.726	2.352
Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	6.297	6.195
Sonstige Sozialaufwendungen	372	269

Im Geschäftsjahr wurden für Abfertigungen und für Altersversorgung der Vorstandsmitglieder TEUR 188 (Vorjahr: TEUR 123) aufgewendet. Die Gesamtbezüge der Vorstände betragen im Geschäftsjahr TEUR 832 (Vorjahr: TEUR 802).

Im direkten Versicherungsgeschäft fielen im Geschäftsjahr Provisionen in Höhe von TEUR 15.044 (Vorjahr: TEUR 14.251) an.

Der insgesamt verursachte Personalaufwand verteilte sich auf die Geschäftsaufbringung mit TEUR 15.506 (Vorjahr: TEUR 14.511) und den Versicherungsbetrieb mit TEUR 14.806 (Vorjahr: TEUR 14.671).

Die auf das Geschäftsjahr entfallenden Aufwendungen für den Abschlussprüfer betragen TEUR 137 (Vorjahr: TEUR 128) und betreffen zur Gänze die Prüfung des Jahresabschlusses. Für Beratungsleistungen durch KPMG wurden im Geschäftsjahr TEUR 0 (Vorjahr: TEUR 45) aufgewendet.

Aus der nicht versicherungstechnischen Rechnung werden als Kapitalerträge des technischen Geschäftes ausschließlich Depotzinsenerträge des indirekten Geschäftes in die versicherungstechnische Rechnung übertragen (gemäß § 30 VU-RLV); 2017: TEUR 92 (Vorjahr: TEUR 91).

Für das Geschäftsjahr 2017 ergeben sich Zuschreibungen für festverzinsliche Wertpapiere in der Höhe von TEUR 31 (Vorjahr: TEUR 39) und für nicht festverzinsliche Wertpapiere TEUR 0 (Vorjahr: TEUR 152).

Es wird vorgeschlagen, aus dem Bilanzgewinn in Höhe von EUR 8.641.022,24 eine Dividende von voraussichtlich EUR 1.000.000,00 auszuschütten und den Restbetrag auf neue Rechnung vorzutragen.

IV. Angaben über rechtliche Verhältnisse

Das Grundkapital setzte sich am 31. Dezember 2017 aus 5.001 Stück nennwertlosen Stückaktien im Gesamtnominale von TEUR 5.001 zusammen (Vorjahr: TEUR 5.001).

Die Gesellschaft steht mit der ERGO Versicherungsgruppe AG, Düsseldorf, und ihren verbundenen Unternehmen in einem Konzernverhältnis; sie gehört dem Vollkonsolidierungskreis der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG, München, an.

Die D.A.S. Rechtsschutz AG ist als Tochterunternehmen in den konsolidierten nichtfinanziellen Bericht der ERGO Group AG miteinbezogen. Dieser ist bei der ERGO Group AG erhältlich.

Der Konzernabschluss für den kleinsten Kreis von Unternehmen im Sinn des § 237 Abs. 12 UGB wird von der ERGO Versicherungsgruppe AG, Düsseldorf, aufgestellt. Der Konzernabschluss für den größten Kreis von Unternehmen wird von der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG, München, aufgestellt. Die Konzernabschlüsse sind bei den genannten Unternehmen erhältlich.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Aktive Rückversicherung:

Mit der D.A.S. Jogvédelmi Biztosító Rt., Budapest, besteht seit 2002 ein Rückversicherungsvertrag.

Mit der D.A.S. Towarzystwo Ubezpieczeń Ochrony Prawnej S.A., Warschau, besteht seit 2005 ein Rückversicherungsvertrag.

Mit der D.A.S. Õigusabikulude Kindlustuse AS, Tallinn, besteht seit 2013 ein Rückversicherungsvertrag.

Der Vertrag wurde per 30.9.2017 aufgelöst.

Mit der ERGO osiguranje d.d., Zagreb, besteht seit 2016 ein Rückversicherungsvertrag.

V. Angaben über personelle Verhältnisse

Im Geschäftsjahr gehörten folgende Personen dem **Vorstand** an:

Direktor Johannes Loinger
Direktor Mag. Ingo Kaufmann
Direktor Mag. Pedro Schwarz
Direktor Arkadiusz Gil

Der **Aufsichtsrat** setzte sich im Geschäftsjahr aus folgenden Personen zusammen:

Vorsitzender

Direktor Lars von Lackum

Vorsitzender-Stellvertreter

Direktor Rainer Tögel (bis 21. Mai 2017)
Direktor Heiko Stüber (ab 22. Mai 2017 bis 31. Dez. 2017)
Direktor Dr. Thomas Jannakos (ab 01. Jan. 2018)

Sonstige gewählte Mitglieder

Direktor Heiko Stüber (bis 21. Mai 2017)
Direktor DI Christian Sipöcz (bis 31. Dez. 2017)
Direktor Thomas Schöllkopf (ab 01. Jan. 2018)

Vom Betriebsrat entsandte Mitglieder

Mag. Sabine Tatusko-Freiberger
Ing. Silvia Galgóci

Die durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer betrug 545,96 (Vorjahr: 547,45) von der gesamten Anzahl entfallen 542,14 (Vorjahr: 543,37) auf Angestellte und 3,81 (Vorjahr: 4,08) auf Arbeiter (davon 1 Hausbesorger). Auf die Geschäftsaufbringung entfielen 260,51 (Vorjahr: 267,44) und auf den Geschäftsbetrieb 281,64 (Vorjahr: 280,02) Mitarbeiter.

